

Norbert Richard Wolf

UNSÄGLICHES WIRD SAGBAR

Zu Funktion und Wirkung von Politikeräußerungen

Der Autor ist emeritierter Professor für deutsche Sprachwissenschaft an der Universität Würzburg.

Er war von 2002 bis 2006 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Leibniz-Instituts für Deutsche Sprache und ist derzeit Mitglied des Internationalen Wissenschaftlichen Rats.

Spätestens seit dem Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke ist die Sprache in der Öffentlichkeit und in den sozialen Medien Gegenstand des öffentlichen Diskurses. Erschütternd und widerlich sind die Häme, der Hass, die Brutalität, die Menschenverachtung, die häufig genug geäußert werden. Der Verdacht, dass die Sprache nur die Vorstufe der Tat ist, ist weitgehend zur Gewissheit geworden. Der Dichter Durs Grünbein meinte in der Hamburger Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ vom 10.1.2019: „Dem Mund, der Hassparolen brüllt, folgt die Faust.“ Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte in einem Interview mit der ‚Süddeutschen Zeitung‘: „Wo die Sprache verroht, ist die Straftat nicht weit.“ (SZ Online 17.6.2019) Diese beiden Äußerungen, von Prominenten getan, stehen für viele weitere ähnlichen oder gleichen Inhalts.

Derartige Äußerungen aber lassen außer Acht, dass die „verrohte Sprache“, dass die „Hassparolen“ nicht einfach spontan, gewissermaßen aus dem kommunikativen Nichts entstehen; sie bedürfen einer passenden sprachlichen und atmosphärischen Umgebung, die meistens nicht in irgendwelchen Hinterzimmern oder an irgendwelchen Stammtischen, sondern oft genug in Staatskanzleien, Ministerien, Parlamenten oder Parteizentralen erzeugt oder zumindest angeregt wird.

Auch nach dem Mord an Walter Lübcke wurde u. a. von Teilnehmern an Pegida-Demonstrationen mehrmals als Erklärung und wohl auch als Entschuldigung geäußert, dass die deutsche Kanzlerin schuld auch an den Todesschüssen sei, weil sie im September 2015 rechtswidrig für ‚Migranten‘ die Grenzen geöffnet habe. Mit anderen Worten, aus einem vermeintlichen oder tatsächlichen Rechtsverstoß einer Politikerin wird das Recht zur Tötung eines anderen Politikers abgeleitet.

In einem Interview mit der ‚Passauer Neuen Presse‘ vom 9.2.2016 kündigt Horst Seehofer, damals bayerischer Ministerpräsident und Vorsitzender der CSU, an, dass die Staatsregierung möglicherweise Klage gegen die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht einreichen werde. Seehofer sieht sich zu einem solchen Schritt verpflichtet, denn „Wir haben im Moment keinen Zustand von Recht und Ordnung. Es ist eine Herrschaft des Unrechts.“

Im Gegensatz zum vorausgehenden Kontext ist diese Aussage ganz allgemein formuliert; es geht nicht mehr um Flüchtlinge oder ‚Migranten‘, sondern generell um *eine Herrschaft des Unrechts*. Der Vorgängersatz spricht ebenfalls ganz allgemein von einem *Zustand von Recht und Ordnung*, allerdings ist dieser *Zustand* nicht vorhanden. Seehofer verwendet das Verbum *haben*, das nicht nur ‚besitzen‘ bedeutet, sondern auch einen Zustand ausdrücken kann: *Wir haben jetzt Frühling* bezeichnet dasselbe wie *Es ist jetzt Frühling*. Das Verbum *haben* ermöglicht, dass die Betroffenen direkt genannt werden; in der Regel wird in solchen Konstruktionen das Personalpronomen *wir* gesetzt, das sagt, dass eine Person als Sprecher für eine ganze Gruppe auftritt. Der Sprecher präsentiert sich als Teil der Gruppe, in unserem Beispiel: Der Ministerpräsident sieht sich als Mitglied des Volkes, das auf einen *Zustand von Recht und Ordnung* verzichten muss. Der Negationsartikel *kein* informiert, dass ein *Zustand von Recht und Ordnung* der normale Zustand sein sollte.

Dem steht nun die tatsächliche bzw. die als tatsächlich gesehene Situation gegenüber, die nun nicht mehr per negationem formuliert wird. Die unpersönliche Konstruktion *es ist* nennt keine betroffenen Personen oder Gruppen, sondern verleiht der Aussage einen objektiven Charakter, die Beschreibung des Zustands gilt für alle. Allerdings wird im zweiten Satz aus dem *Zustand* eine *Herrschaft*, noch dazu eine *Herrschaft des Unrechts*. Das *Unrecht* hat also die „Befehlsgewalt, Regierungsgewalt, Macht“ (so das Interpretament von *Herrschaft* in Wahrig 2012) in Deutschland. Seehofer drückt damit aus, dass die Grundlagen eines geordneten Staatswesens zur Zeit nicht funktionieren. In dieser generalisierenden Formulierung ist *Unrecht* nicht bloß eine „unrechte Tat“ (Wahrig 2012), sondern vielmehr ein „dem Recht, der Gerechtigkeit entgegengesetztes, das Recht, die Gerechtigkeit verneinendes Prinzip“ (Duden 2011).

Das Substantiv *Herrschaft* fordert genauere Informationen darüber, wer die Herrschaft ausübt: Wenn man also von der *Herrschaft des Unrechts* spricht, dann meint man Personen, die bei der Ausübung ihres Amtes ein Unrecht begehen oder jemand anderem ein Unrecht zufügen. Auf diese Weise kritisiert Seehofer die Bun-



deskanzlerin und wirft ihr vor, unrecht zu handeln, unrechte Taten zu vollbringen oder Unrecht zuzulassen. Dagegen müsse/n der bayerische Ministerpräsident oder/und die bayerische Staatsregierung vorgehen. Da, wie gesagt, die Äußerung Seehofers ganz allgemein formuliert ist, sagt sein Vorwurf, dass die Kanzlerin generell, d. h. in allen wesentlichen politischen Belangen ein Unrechtsregime ausübt. Dieser Vorwurf ist starker Tobak, weil er letztlich nicht nur auf ein Regierungsversagen, sondern darüber hinaus auf eine Staatskrise hinausläuft und zudem alle menschlichen Aspekte von Merkels Regierungshandeln zumindest ignoriert, wenn nicht leugnet.

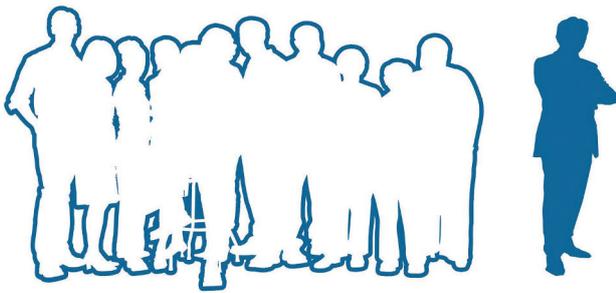
Das Interview mit der ‚Passauer Neuen Presse‘ fand kurz vor dem Politischen Aschermittwoch 2016 statt und diente auch schon dessen Vorbereitung. Deshalb ist Seehofers Äußerung wie ein Slogan formuliert, der imstande ist, zunächst seine Anhänger in lautstarke Zustimmung zu versetzen. Von da an kann die „Verrohung der Sprache“ ihren Lauf nehmen. Damit soll nicht gesagt werden, dass Seehofer das Ganze angestoßen hat; hier und bei den folgenden Beispielen ist es möglich und wahrscheinlich, dass Seehofer irgendwelche (Stammtisch-)Parolen aufgegriffen hat. Doch wenn ein Ministerpräsident oder ein Bundesminister Derartiges formuliert, dann bekommen solche Äußerungen in dafür empfänglichen Kreisen eine besondere Dignität.

In der politischen Auseinandersetzung scheut sich Horst Seehofer nicht, sich der Sprache rechter Parteien und Gruppierungen zu bedienen. Auf diese Weise stützt und verstärkt er den rechten Sprachgebrauch. Er stützt und verstärkt auch die Stimmung, die sich in den sog. Sozialen Medien immer breiter macht; oder wie es der österreichische Journalist Helmut Brandstätter über diesen Typus von Politiker formuliert: „Und schon werden die Emotionen angeheizt, es wird Angst verbreitet und Sündenböcke müssen geschlachtet werden.“ (Brandstätter 2019, S. 59)

Horst Seehofer hat schon beim Politischen Aschermittwoch 2011, dem 9. März, darauf hingewiesen, dass die Migration eine kriegerische Bedrohung ist: „Wir wer-

den uns gegen Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme wehren – bis zur letzten Patrone“. Diese Äußerung wurde bereits im März 2011 stark kritisiert, mehrere Journalist/innen haben daran erinnert, dass „auf den Tag genau 66 Jahre“ davor befohlen wurde, „die Reichshauptstadt ‚bis zum letzten Mann und bis zur letzten Patrone‘ zu verteidigen“. Es soll hier nicht erörtert werden, ob der „Rückgriff auf die Sprache der Nationalsozialisten“ (Andreas Borcholte, Spiegel Online 9.10.2015) bewusst erfolgt ist. Wie schon gesagt, sieht Seehofer die *Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme* als einen Vorgang, gegen den mit Waffengewalt vorzugehen ist. Es wird dabei nicht klar, wer sich wehren muss, wer mit dem Pronomen *wir* gemeint ist: entweder die bayerische Staatsregierung oder die CSU oder die Koalitionsregierung in Berlin; es wird nicht klar, gegen wen man kämpfen muss (es könnten auch die Koalitionspartner in Berlin sein). Markant hingegen ist der heroische Aspekt in dieser Äußerung: Seehofer rechnet damit, dass er (oder *wir*) auch kämpfend, d. h. nach der letzten Patrone, untergehen kann (können). So gesehen wird die Migration – 2011 wurde dieses Wort noch nicht so oft verwendet wie heute – zur tödlichen Bedrohung für den ganzen Staat. Sozialpolitik wird zur Notwehr gegen Ausländer, in diesem Fall auch gegen EU-Ausländer. Derartige Ansichten sind in den letzten Jahren oft genug geäußert bzw. wiederholt worden.

Dekuvrierend ist auch die Formulierung *Zuwanderung in deutsche Sozialsysteme*. Das Duden-Universalwörterbuch paraphrasiert das Nomen actionis *Zuwanderung* mit der synonymen Infinitivkonversion *das Zuwandern*; das Verbum *zuwandern* bekommt das Interpretament „von auswärts, bes. aus einem andern Land, in ein Gebiet, an einen Ort kommen, um dort zu leben“ und den Kontextbeleg *sie sind aus der Ukraine nach Bayern zugewandert* (Duden 2011). Seehofers Feinde, gegen die er zu Felde ziehen muss, wandern aber nicht in ein Land, nicht einmal nach Bayern zu, sondern in mehrere *deutsche Sozialsysteme*; sie wollen – so Seehofer – in Deutschland einfach schmarotzen, sich etwas nehmen, was ih-



nen nicht zusteht. Und das muss mit Waffengewalt verhindert werden. Es gibt demnach Situationen, in denen der Einsatz von Schusswaffen nicht nur erwünscht, sondern geradezu geboten ist. Die martialische Metaphorik macht ein merkwürdiges und gefährliches Politik- und Sprachverständnis sichtbar.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Ministerpräsident Markus Söder wählten hingegen eine ganz andere Sicht auf die Welt der Flüchtlinge: Sie sprachen von *Asyltourismus*. Dieses Wort stand von Anfang an im Zentrum öffentlicher Kritik. In einem Interview mit der Würzburger Tageszeitung ‚Main-Post‘ (<www.mainpost.de>, 8.7.2018) erwidert Söder auf den Vorschlag, das inkriminierte Wort ganz einfach durch Flucht zu ersetzen: „Wenn sie trotzdem nach Deutschland kommen [nachdem sie in einem anderen Land die EU erreicht haben], heißt das in EU-Deutsch Sekundärmigration. Finden Sie diesen Begriff verständlicher?“ Söder stellt seinem ‚Reizwort‘ einen Fachterminus der EU-Administration gegenüber. Er spricht von „EU-Deutsch“ und stellt den Terminus als unverständlich hin. Damit will er auch die EU-Administration kritisieren, zumindest lächerlich machen.

Das Wort *Asyltourismus* soll die Ziele der ‚Migranten‘ dekurvieren. *Tourismus* ist ein Reisen zu selbstgewählten Zielen, das der Erholung oder/und dem Vergnügen, bisweilen auch der Bildung dient. Das Wahrig-Wörterbuch der deutschen Sprache (Wahrig 2012) gibt als Bedeutung von *Tourismus* an: „das Reisen der Touristen“, dementsprechend wären die Flüchtlinge *Asyltouristen*. Tourismus ist in vielen Ländern ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, Touristen lassen in diesen Ländern viel Geld. Die *Asyltouristen* hingegen kosten Geld; dass sie aus fremden Ländern und Kulturen kommen, wird als Bedrohung empfunden; xenophobe Politiker/innen schüren die Angst davor. Der Zweck dieser merkwürdigen Wortbildung ist der Nachweis, dass Flüchtlinge sich wie Touristen benehmen, aber nicht die Gegenleistungen erbringen, die man von

Touristen erwartet. Diese Form des Tourismus belastet nur die Gesellschaft, weshalb alles unternommen werden muss, sich dieser Art zu reisen zu erwehren.

Söder stellt die Frage, ob der EU-Terminus *Sekundärmigration* „verständlicher“ ist als sein Wort *Asyltourismus*. Da dieses Wort allerdings in keiner Weise das wiedergibt, was Söder zu meinen vorgibt, muss er sich den Vorwurf gefallen lassen, dass er ganz bewusst mit einem ‚Reizwort‘ keine Sachverhalte benennen, sondern in erster Linie Emotionen seines Wahlvolks erregen will. Wie gefährlich das werden kann, erfahren wir immer wieder. Man muss aber noch erwähnen, dass Söder seinen Stil geändert hat, was hier nicht kommentiert werden soll.

Die Angst vor Fremden, vor allem vor fremden Menschen, ist sehr oft zu beobachten. Es ist daher eine häufig angewendete rhetorische Technik, die Ursachen für diese Angst beim politischen Gegner auszumachen. Schon in den frühen 90er Jahren des letzten Jahrhunderts, als sich die SPD gegen eine Einschränkung des Grundrechts auf politisches Asyl sträubte, prägte der damalige Generalsekretär der CDU ein solches Schlagwort: „Verweigere sich die SPD der GG-Änderung, werde ‚jeder Asylant‘ zum ‚SPD-Asylanten‘“ (Münch 2014, S. 71). Die Reaktion von SPD-Politikern/innen war deutlich: „Nach Meinung von Däubler-Gmelin und anderer SPD-Abgeordneter haben Rüge und die Union mit ihrer aggressiven Asylkampagne die Ausländerfeindlichkeit geschürt und den Gewalttätern Legitimationen für ihre Handlungen geliefert“ (Münch 2014, S. 71).

In der jüngsten Vergangenheit hat sich Seehofer zu einem ganz anderen Problem zu Wort gemeldet. Der EU-Gerichtshof hatte das deutsche Gesetz zur Maut auf Autobahnen für EU-rechtswidrig erklärt. Seehofer hatte die Idee von einer Maut für Autobahnen venti-

liert und als CSU-Vorsitzender angekündigt, dass es ohne die Maut keine Koalition in Berlin geben werde. Nach dem Urteil sagte er: „Mein Gott, man muss Gerichtsurteile akzeptieren, aber man muss sie nicht verstehen.“ Er verstehe dieses Urteil jedenfalls nicht. Und es werde die „Zustimmung gegenüber europäischen Institutionen nicht gerade erhöhen“. (SZ Online, 18.6. 2019)

Seehofer's Reaktion hat zwei Aspekte: Zum einen nimmt er, jetzt als Bundesinnenminister, Stellung zur Gewaltenteilung. Natürlich weiß er, dass Gerichte, somit auch der EuGH, in modernen Rechtsstaaten unabhängig sind. Dennoch nutzt er die Gelegenheit, auf den Zug von EU-Skeptikern aufzuspringen und gleich die „europäischen Institutionen“ aufs Korn zu nehmen. Auf der Homepage der EU lesen wir unter der Überschrift „Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)“: „Der Gerichtshof der Europäischen Union legt das EU-Recht aus und gewährleistet damit, dass es in allen EU-Ländern auf die gleiche Weise angewendet wird. Außerdem entscheidet er in Rechtsstreitigkeiten zwischen nationalen Regierungen und EU-Institutionen.“ <<https://europa.eu/european-union>>. Der EuGH hat also für die EU dieselbe Funktion wie das Bundesverfassungsgericht für die Bundesrepublik Deutschland. Wenn das deutsche Bundesverfassungsgericht ein deutsches Gesetz für grundgesetzwidrig erklärt, käme kaum jemand auf die Idee, deutschen Institutionen die Zustimmung zu entziehen. Die Äußerung des Bundesinnenministers, der in seinem Amt auch für die Verfassungspolitik zuständig ist, ist in dem Sinn gefährlich, als der gesellschaftliche Konsens, der auch den Respekt vor staatlichen Institutionen einschließt, gestört, wenn nicht zerstört wird. Seehofer setzt das konsequent fort, was Söder mit seinem Begriff *EU-Deutsch* begonnen hat.

Gleichzeitig sagt er, dass er das Urteil nicht verstehe, was nicht heißt, dass es so kompliziert abgefasst ist, dass man es nicht verstehen kann, sondern dass er der Argumentation in diesem Urteil nicht zu folgen vermag. Dieser Teil der Seehofer'schen Äußerung steht in einem ganz anderen Zusammenhang. Indem Seehofer

das Urteil nicht versteht, nicht verstehen kann und nicht verstehen will, nimmt er für sich in Anspruch, dass er nur dem gesunden Menschenverstand folge und nicht irgendwelchen juristischen Spitzfindigkeiten. Damit folgt Seehofer einem nunmehr schon sattem bekannten rhetorischen Prinzip und begibt sich damit in einen speziellen Kontext.

In November 2016 meinte Heinz Christian Strache, der ehemalige Vorsitzende der österreichischen Rechtspartei FPÖ, zur bevorstehenden Bundespräsidentenwahl: „Die abgehobene und verfilzte Politelite ist nicht bereit zu lernen und endlich die Interessen der Bürger durchzusetzen. Kein Wunder, wenn die österreichische Bevölkerung am 4. Dezember 2016 mit Norbert Hofer den Systempolitikern, den abgehobenen Eliten und dem bürgerfremden Establishment eine Absage erteilen wird!“ Diese Äußerung hat den Gegensatz *Elite vs. Bürger* zum Thema. Der Wortlaut ergibt, dass *Eliten* keine *Bürger* sind. Die *Bürger*, das ist in diesem Fall *die österreichische Bevölkerung*, sind etwas grundsätzlich Anderes als die *Eliten*, die gar nicht zur Bevölkerung gehören. Die *Eliten* sind *abgehoben*, was heißt, dass sie keine Bodenhaftung und keinen Bezug zur Basis mehr haben, und damit *bürgerfremd*.

Dieses Adjektiv offenbart sehr deutlich die Mentalität derer, die vorgeben, dass sie die Interessen der *Bevölkerung* wahrnehmen und wahren. Als Wortbildungskonstruktion steht es in einer Reihe mit Wörtern wie *artfremd*, *landfremd* und *volksfremd*. Die Konstituente *-fremd* ist im Vergleich zum (freien) Adjektiv *fremd* zumindest partiell morphologisiert, hat also zumindest teilweise Suffixcharakter. Dem Wortbildungsbauplan ‚Substantiv + *-fremd*‘ sind mehrere Inhaltsmuster zuzuordnen (in Anlehnung an Duden 2011 s.v. *-fremd*):

- 1) Die erste Konstituente ist ein Substantiv, das einen positiv zu bewertenden Kollektivbegriff benennt: *Art*, *Bürger*, *Land*, *Volk*. Die Wortbildungskonstruktion mit *-fremd* drückt aus, „dass die beschriebene Person od. Sache nicht zu etw. gehört“ (Duden

2011): Ein *artfremder Eiweißstoff* ist ein Eiweißstoff, der nicht zur eigenen Art gehört; ein *bürgerfremder Politiker* ist ein Politiker, der nicht zur Gruppe der Bürger gehört.

- 2) Die erste Konstituente ist ein Substantiv, das ein Fach- oder Wissensgebiet benennt: *Fach, Leben, Praxis, Welt*. Die Wortbildungskonstruktion mit *-fremd* drückt aus, „dass die beschriebene Person sich in etw. nicht auskennt“ oder in etw. nicht ausgebildet ist, dass die referierte Äußerung „mit etw. nichts zu tun hat“ (Duden 2011): *Fachfremde Lehrer* sind Lehrer, die ein Fach nicht studiert haben. Ein *weltfremder Gelehrter* ist ein Gelehrter, der die Welt nicht durchschaut.
- 3) Die erste Konstituente ist ein Substantiv, das einen Örtlichkeitsbegriff benennt oder ein Örtlichkeitsname ist: *Ort, Revier, Berlin*. Die Wortbildungskonstruktion mit *-fremd* drückt aus, „dass die beschriebene Person oder Sache irgendwo fremd, nicht zu Hause ist“ (Duden 2011): Ein *revierfremdes Tier* ist ein Tier, das nicht in ein Revier gehört. „Mir war gar nicht bewusst, was für eine gute Übersicht man über die Stadt bekommt, wenn man (relativ) Berlinfremde mit dem Fahrrad durch die Stadt leitet. Nun ist meine Schwester nicht unbedingt Berlinfremd, aber sie beklagt sich immer, dass die Stadt zu groß ist, dass sie sie nicht zu erfassen vermag“ <<http://mequito.org/stories/2748>> (Stand: 21.1.2020).

Das Inhaltsmuster 1) begegnet seit Langem in rechtem und rechtsextremem Sprachgebrauch; in der sog. Identitären Bewegung finden wir diesen Sprachgebrauch in seiner ‚idealen‘ Form. „Als Identitäre Bewegung (auch Identitäre Generation, kurz Identitäre oder IB) bezeichnen sich mehrere aktionistische, völkisch orientierte Gruppierungen, die ihrem Selbstverständnis nach die Ideologie des ‚Ethnopluralismus‘ vertreten. Sie gehen von einer geschlossenen, ethnisch homogenen ‚euro-

päischen Kultur‘ aus, deren ‚Identität‘ vor allem von einer ‚Islamisierung‘ bedroht sei“ <https://de.wikipedia.org/wiki/Identit%C3%A4re_Bewegung> (Stand: 21.1.2020). Das heißt: Was in der NS-Ideologie die ‚Rasse‘ war, ist jetzt die ‚Kultur‘, ‚Verjudung‘ ist durch ‚Islamisierung‘ ersetzt worden. Und den Platz von *volksfremd* hat *bürgerfremd* eingenommen; gerade in diesem Referenzbereich, der ohne Zweifel von Rassismus beeinflusst ist, bleibt es bei demselben Wortbildungsmodell.

Ähnlich wie Strache hat sich im Dezember 2017 Markus Söder geäußert, und zwar zu den damaligen ‚Jamaika-Sondierungen‘: „Die Jamaika-Sondierungen liefen gerade, da äußerte Markus Söder in den ARD-Tagesthemen: ‚Dieses Jamaika-Projekt darf nicht am Ende ein Projekt von wenigen Eliten werden, sondern muss sich auch um die normalen Bürger kümmern und deren Sorgen.‘ In einer Talkshow sagte er: ‚Wir brauchen nicht ein Projekt für Eliten, sondern für normale Menschen‘“ (Schaible 2017). Der populistische Gegensatz ‚normale Menschen/Bürger‘ vs. ‚Eliten/die da oben‘ bestimmt ganz wesentlich die Rhetorik der Politiker/innen, die damit Werbung für sich machen, dass sie nicht Elite sind.

Wir sehen: ‚Populismus‘ ist nicht eine Weltanschauung oder gar eine politische Ideologie, sondern ein rhetorisches Verfahren. Eine Person, z. B. ein Redner oder ein Autor, geht von der Opposition ‚normale Menschen‘ vs. ‚nicht-normale Menschen‘ aus, zählt sich selber zu den normalen Menschen und präsentiert sich gern als ‚Führer‘ seiner Gruppe. Wir können einen Populisten in erster Linie an dessen Sprache erkennen. Und die äußert sich auf vielfältige Weise in dem schon öfters beobachteten vertikalen (‚die da oben‘, die *Eliten*) und horizontalen (‚die Anderen‘, ‚die Nicht-Normalen‘) Abgrenzungsbedürfnis populistischer Bewegungen. Populisten sind demnach sowohl bei Linken und Rechten und anderen politischen Gruppierungen zu finden. In diesem Sinn äußert sich auch Volker Rühle populistisch, indem er die SPD als die Anderen ansieht, die sich weigern, den Willen der Bürger, eben die Grundgesetzänderung, zu vollziehen.

Seehofer hat das Adjektiv *bürgerfremd* und auch andere Kennwörter der ‚Neuen Rechten‘ nicht verwendet. Dennoch begibt er sich mit einer Äußerung wie der Beurteilung des Maut-Urteils, wie gesagt, in den populistischen und rechtsideologischen Kontext, den Strache so deutlich und eindeutig und Söder etwas vorsichtiger formuliert haben: Die *Bürger* sind die *normalen Menschen*. Die Sprecher – in unserem Fall Heinz Christian Strache, Markus Söder und Horst Seehofer – sehen sich selbst nicht als Teil der *Elite*, sie wollen ihr gar nicht angehören; als *normale Bürger* stellen sie sich in diese Gruppe. Mit dem Pronomen *wir* (das sie immer wieder verwenden) wollen sie ein Wir-Gefühl erzeugen. Damit brauchen sie die Gruppe der *normalen Bürger*, der *normalen Menschen* in keiner Weise zu definieren; es genügt die negative Feststellung, dass *wir* nicht die *Elite* sind, die ebenfalls nicht genauer bestimmt, die nur mit anderen Wörtern wie *bürgerfremdes Establishment* – die negativen Konnotationen sind unüberhörbar – variierend benannt wird. Eine Gesellschaft besteht also aus zwei und letztlich nur zwei Gruppen, jede gesellschaftliche und politische Tätigkeit geht immer nur an den beiden Polen vor sich, dazwischen und außerhalb davon gibt es nichts. Dies ist das Grundprinzip populistischen Argumentierens, das allerdings keiner wirklichen Argumente bedarf.

Seehofer präsentiert sich letztlich als ein solcher Populist, der auch die populistische Haltung ‚Das wird man doch noch sagen dürfen‘ und ‚Ich bin der, der das zu sagen wagt‘ einnimmt und es wagt, die *Herrschaft des Unrechts* zu benennen, die *letzte Patrone* anzukündigen und die Skepsis gegenüber EU-Institutionen zu verstehen, Gerichtsurteile hingegen nicht zu verstehen. Sicherlich ist die eingangs erwähnte ‚Verrohung der Sprache‘ widerwärtig und gefährlich; die populistische Rhetorik aber liefert oder /und stützt oft genug die für die Ausführung der Tat nötigen Denk- und Sprachmuster.

Noch eine Bemerkung zum Schluss: Es wurden hier insbesondere drei Äußerungen eines einzigen Politikers fokussiert. Es geht dabei nicht um ein simples Seehofer-Bashing; auch soll nicht der Eindruck erweckt werden, dass andere Politiker/innen nie Ähnliches oder Vergleichbares sagen. Es geht um die Tatsache, dass Horst Seehofer für solche Analysen immer ideale Beispiele liefert, da er es nur selten vermeidet, Problematisches in problematischen Formulierungen zu äußern. Auch dadurch verliert Unsägliches seine Unsagbarkeit. Die Politiker/innen sollten sich ihrer Verantwortung stets bewusst sein. ■

Literatur

- Brandstätter, Helmut (2019): Kurz & Kickl. Ihr Spiel mit Macht und Angst. Wien: Kremayr und Scheriau.
- Duden (2011): Duden. Deutsches Universalwörterbuch. 7. Aufl. CD-ROM-Ausgabe. Mannheim / Zürich: Dudenverlag.
- Münch, Ursula (2014): Asylpolitik in Deutschland – Akteure, Interessen, Strategien. In: Stefan Luft/Peter Schimany (Hg.): 20 Jahre Asylkompromiss. Bilanz und Perspektiven. Bielefeld, S. 69-86.
- Schaible, Jonas (2017): „Eliten“ gegen „normale Bürger“. Markus Söders populistische Fingerübung. <www.t-online.de> 17.12.2017 [17.12.2017]
- Wahrig (2012): Wahrig. Deutsches Wörterbuch. 9. Aufl. CD-ROM-Version. Gütersloh/München: Cornelsen.

Bildnachweise

- S. 25: pixabay.com/3649936
- S. 26: pixabay.com/2212760 ■